

BETTINA KÖHLER

Ressourcenkonflikte in Lateinamerika

Zur Politischen Ökologie der Inwertsetzung von Wasser

Konflikte um die Aneignung und Kontrolle von Ressourcen waren immer ein zentrales gesellschaftliches Konfliktterrain. Zurzeit finden verstärkt Auseinandersetzungen um die oftmals gravierenden sozialen und ökologischen Folgen von Privatisierungen und Inwertsetzungen infolge neoliberaler Restrukturierungen statt. Vielfach werden die Diskussionen jedoch mit unpräzisen Begrifflichkeiten geführt, die nicht immer den politischen Kern der Konflikte erfassen. Zu Beginn dieses Aufsatzes werden daher Dimensionen und Kategorien skizziert, die zu einem besseren Verständnis komplexer Ressourcenkonflikte beitragen sollen. Hierzu werden in einem konzeptionellen Teil drei unterschiedlichen Perspektiven auf die Mechanismen von Inwertsetzungsprozessen dargelegt. Eine Veranschaulichung erfolgt sodann exemplarisch anhand des Wassersektors. Hierbei wird hervorgehoben, dass eine Inwertsetzung von Wasser nicht auf eine abstrakte stoffliche Ressource, Dienstleistung oder Infrastruktur abzielt, sondern auf ein komplexes Ensemble von sozialen, ökonomischen, materiellen und diskursiven Arrangements der Wasserbereitstellung. Anhand der historischen Entwicklung der urbanen Wasserversorgung wird verdeutlicht, dass diese Arrangements immer auch umkämpft sind und sich historisch verändern. Abschließend werden eine Reihe von Konfliktpunkten infolge rezenter Trendverschiebungen hervorgehoben und Ansatzpunkte für Handlungsalternativen diskutiert.

1. Dimensionen von Ressourcenkonflikten

Ressourcenkonflikte können aus sehr unterschiedlichen Perspektiven verortet werden. Ein zentraler Problemzugang ergibt sich über Fragen der territorialen und sozialen Verteilung der ökonomischen und ökologischen Kosten und Erträge wirtschaftlicher Entwicklungsprozesse (vgl. Raza 1997: 104). So war die Frage der Sicherung des Zugangs zu und der Kontrolle über natürliche Ressourcen immer auch ein zentraler Bestandteil und Motor kolonialer und imperialer Praktiken (vgl. z.B. Heinrich 2003). Ungleiche Ressourcenflüsse

werden auch als zentrales Merkmal ungleicher Entwicklung aufgeführt. So definiert beispielsweise Komlosy (2004: 68) Zentren bzw. Peripherien über die Absicherung bzw. die Einschränkung von Zugriffsmöglichkeiten auf Ressourcen aus dem Gesamtsystem. „Strukturelle Abhängigkeit“ ergibt sich demnach aus Mechanismen, die den Abfluss von Werten, seien es Rohstoffe oder auch Arbeitskräfte, von den Peripherien in die Zentren festschreiben.

Bearbeitet werden aber auch die sozialen und ökologischen Folgen von Ressourcennutzungen. Hierbei werden zum einen traditionelle Aspekte von Umweltzerstörung durch Ressourcenextraktion beschrieben (vgl. Amelung 1997). Etwas weiter gefasst wird der Zusammenhang zwischen spezifischer wirtschaftlicher Entwicklung und der Erhöhung des Drucks auf natürliche Ressourcen analysiert (vgl. Raza 1997: 127). Mit dem Begriff „*environmental justice*“ werden inzwischen zunehmend auch die Folgen der ungleichen Verteilung von Umweltschäden thematisiert (vgl. Harvey 1996; Martinez-Allier 1999; Swyngedouw/Heynen 2003).

Bei Fragen nach der Verteilung von Nutzen und Kosten der Ressourcennutzung wird jedoch bereits implizit die objektive Existenz von bestimmten Ressourcen vorausgesetzt, zur Disposition steht die Ausgestaltung von „Gesetzen und Regeln der Gewinnverteilung“ (vgl. Görg 2004a, 1504). Dieser Blickwinkel vernachlässigt, dass Ressourcen keine objektiven, rein physischen Dinge darstellen, sondern ein soziales Verhältnis. Erst im Hinblick auf spezifische Interessen, in einem konkreten Verwertungskontext bzw. in Bezug auf bestimmte Produktionsweisen werden Dinge überhaupt erst als Ressourcen konstituiert, also in Wert gesetzt (vgl. DeGregori 1987; Heins/Flitner 1998; Raza 2003; Swyngedouw 2004). Dieser materielle, soziale und diskursive Konstitutionsprozess ist immer auch gesellschaftlich umkämpft. Bereits die Frage von wem und auf welche Weise Ressourcen definiert und die Prozesse der Inwertsetzung gestaltet werden, hat Auswirkungen darauf, wer Zugang hat und Kontrolle ausüben kann und welche Deutungen gleichzeitig ausgeschlossen werden. Ressourcenkonstitutionsprozesse sind damit wesentlicher Teil sozialer Auseinandersetzungen.

Die Frage nach den Konstitutionsmechanismen wird heute umso wichtiger, als unter neoliberalen Bedingungen eine Dynamisierung von Inwertsetzungsprozessen zu verzeichnen ist. Im Blick sind dabei so unterschiedliche Dinge wie Transportsysteme, Wasser- und Stromversorgung, ebenso wie Bildungs- und Gesundheitssysteme, biologische Vielfalt und soziale Alltagsbeziehungen. Die Tatsache, dass in diesem Zusammenhang so verschiedene gesellschaftliche Bereiche in einem Atemzug genannt werden verweist auf strukturelle Gemeinsamkeiten der ablaufenden Prozesse. Erst wenn die dabei implizierten Mechanismen und Folgen genauer in den Blick genommen wer-

den, so die These, lassen sich Ansatzpunkte für alternative Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigen. Gleichzeitig spielt die spezifische Sperrigkeit der jeweiligen Gegenstände natürlich eine wichtige Rolle.

2. Konzeptionelle Aspekte von Inwertsetzungsprozessen

Anhand von drei unterschiedlichen theoretischen Ansätzen werden im Folgenden einige konzeptionelle Aspekte von Inwertsetzungsprozessen herausgearbeitet. In einem ersten Schritt werden Aspekte zu einer begrifflichen Klärung aufgegriffen. Im Kontext einer ökologischen Kritik der politischen Ökonomie, nach Altvater (1991) wird dabei der prozesshafte Charakter von Inwertsetzungsmechanismen ausgeführt. In einem zweiten Schritt wird das Konzept der Enteignungsökonomie in Anlehnung an Harvey (2004) vorgestellt, in welchem Inwertsetzungsprozesse als integraler Bestandteil kapitalistischer Ökonomien erklärt werden. Und schließlich wird drittens, mit dem Ansatz der Politischen Ökologie, eine komplexere Perspektive auf die inwertzusetzenden Gegenstände entworfen.

2.1 Inwertsetzung und Ressourcenkonstitutionsprozesse

Als zentrales Merkmal neoliberaler Politikmuster wird häufig die Ökonomisierung und Inwertsetzung immer weiterer Lebensbereiche identifiziert. Verwiesen wird auf die Ökonomisierung des Sozialen, die Ökonomisierung des Politischen (vgl. Pelizzari 2001), die Privatisierung sozialer Risiken (vgl. Jäger 2003) oder auch die Inwertsetzung von Natur (vgl. Görg 2004a) etc. Im Zentrum der Kritik steht zumeist das Primat marktwirtschaftlicher Rationalitäten über alle übrigen gesellschaftlichen Belange sowie die zunehmende Konzentration von Macht und Kontrollbefugnissen. Inzwischen liegen, auch für Lateinamerika, eine Vielzahl von Bilanzen der politökonomischen Prozesse von drei Jahrzehnten neoliberaler Politik vor (vgl. z.B. Boris 2001; Journal für Entwicklungspolitik 2003; Burchardt 2004).

Die zunehmenden Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung von Gesellschaft bzw. um die Verteidigung und Erschließung von Gestaltungsräumen werden heute u.a. anhand konkreter Konflikte, wie der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen oder der Inwertsetzung von biologischer Vielfalt geführt. Die jüngsten Diskursanpassungen im Bereich von Privatisierungspolitiken (vgl. unten) weisen darauf hin, dass ein präziserer Umgang mit den in diesem Kontext oft mehr oder weniger synonym verwendeten Begriffen „Privatisierung, Liberalisierung, Ökonomisierung, Kommodifizierung, Inwertsetzung“ notwendig ist, um die gesellschaftlich relevanten Mechanismen zu erfassen.

An zentraler Stelle stehen dabei Inwertsetzungsprozesse als charakteristisches Merkmal jedweder kapitalistischer Produktionsweise (vgl. Raza 1997; Wullweber 2004a). Eine wichtige Feststellung ist, dass dabei nicht nur materielle Artefakte, eine externe Natur oder Territorien inwertgesetzt werden, sondern immer auch soziale Verhältnisse. Anhand der Inwertsetzung von natürlichen Ressourcen lassen sich einige Aspekte der dabei implizierten Mechanismen veranschaulichen. Zentral hierbei ist die Annahme, dass Ressourcen, trotz ihrer Materialität, nicht einfach als fertige Dinge existieren, sondern vielmehr selber ein soziales Verhältnis darstellen und als solches erst geschaffen werden. Wie oben angedeutet, können sowohl bei der Extraktion als auch im Tauschprozess dieser Ressourcen vielfältige Konflikte entstehen. Ein eingehender Blick auf die verschiedenen Etappen des Inwertsetzungsprozesses verdeutlicht jedoch, dass konkurrierende Interessen bereits auf allen Stufen dieses Prozesses auftreten und konfigrieren können.

In Anlehnung an Altvater (1991) lässt sich der Inwertsetzungsprozess von natürlichen Ressourcen in vier Stufen beschreiben. In einem ersten Schritt erfolgt die Identifikation der Ressource. Ein Ding oder ein Stoff wird gedanklich aus seinem Kontext isoliert und in Bezug auf einen konkreten Nutzen identifiziert, womit in der Regel andere mögliche Verwendungen weitgehend ausgeschlossen werden. Der Baum im Regenwald wird in diesem Moment nicht als Beitrag zum globalen Klima oder als Teil des Lebensumfeldes von WaldbewohnerInnen, sondern als Rohstoff für Tropenholz gedacht. Auf dieser Ebene können also Deutungskonflikte entstehen, in denen zwar noch nicht über die tatsächliche Verwendung von Ressourcen entschieden, aber je nach Diskursmächtigkeit bereits deren Bedeutung konfiguriert wird.

Erst in einem zweiten Schritt erfolgt die tatsächliche Extraktion von Ressourcen, also die physische Isolierung aus deren materiellem Kontext. Hierbei werden häufig die nichtrelevanten Bestandteile des Systems (also z.B. im Fall der Tropenholzextraktion der übrige Bestand an Flora und Fauna) vernichtet oder tief greifend umstrukturiert. Insofern ist dies die klassische Ebene, auf der Nutzungen die sich innerhalb konkreter Territorien gegenseitig ausschließen, miteinander konkurrieren. Zusätzlich haben sich heute jedoch auch weniger materielle Formen der Ressourcenextraktion etabliert. Im Falle genetischer Ressourcen geht es z.B. gerade nicht mehr darum, Pflanzen in großen Mengen physisch zu entnehmen, sondern sehr selektiv ihre genetischen Informationen zu extrahieren. Dennoch ist dies in vielen Fällen mit einer grundlegenden Restrukturierung ihrer Entnahmekontexte verbunden. Wullweber (2004a) und Görg (2003a) unterscheiden in diesem Zusammenhang auch zwischen einer fordistischen Umgangsweise, in der „Natur als Ressource in Form klassischer

Rohstoffe“ ausgebeutet wurde und einer postfordistischen Umgangsweise, die auf einer neuen, ‚nachhaltigen‘ Ausbeutung der Natur aufbaut.

In einem dritten Schritt erfolgt die Kommodifizierung, also die Umwandlung des extrahierten Stoffs in eine handelbare Ware. Hierfür ist eine weitere Strukturierung des Umfeldes erforderlich: Zur Verbringung dieser Ressourcen an die „Berührungspunkte des Weltmarkts“ ist eine entsprechende Infrastruktur, wie Transport- und Kommunikationssysteme erforderlich (Altvater 1991: 329). Und schließlich erfolgt eine Etablierung von Märkten. Diese konstituieren sich nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch und materiell. Hierdurch erfolgt eine tief greifende Umstrukturierung des sozioökonomischen Umfeldes. In einem vierten Schritt erst erfolgt die Monetarisierung, d.h. qualitativ unterschiedliche Dinge werden durch das Zirkulationsmittel Geld vergleichbar und tauschbar gemacht. (vgl. Altvater 1991: 327). Eine zentrale Rolle spielt auf allen Stufen dieses Prozesses die „Durchsetzung von Rechts- und Eigentumsverhältnissen“ sowie die Regulierung und „herrschaftliche Absicherung“ von Verteilungskonflikten (Görg/Brand 2001: 66ff.).

In einer etwas anderen Herangehensweise identifiziert Castree (2003) auf einer noch abstrakteren Ebene als Altvater in seinem Phasenmodell eine Reihe von spezifischen Eigenschaften, die ein Ding im Zuge seiner Kommodifizierung bzw. Inwertsetzung in mehr oder weniger ausgeprägter Form, annimmt: *Privatisation*, also die Relevanz unterschiedlicher Formen exklusiver legaler Eigentumstitel, des Weiteren *alienability*, also die physische Trennung der Waren von ihren VerkäuferInnen, *individuation*, also die diskursive und materielle Herauslösung aus einem Kontext, *abstraction*, also z.B. die Aufteilung heterogener Einheiten in funktional und räumlich homogene und miteinander vergleichbare Klassen, *valuation*, also die Zuweisung von Tauschwert und die Bemessung in Geld, sowie *displacement*. Diese abstrakten Kategorien bieten insbesondere Anhaltspunkte bei der Analyse neuartiger oder unvollständiger Mechanismen von Inwertsetzung (vgl. unten).

Das Verhältnis der beiden Begriffe Inwertsetzung und Kommodifizierung wird jedoch durchaus unterschiedlich beschrieben. Bei Altvater (1991) ist die Kommodifizierung, also das zur Ware werden, einer von mehreren Schritten im Inwertsetzungsprozess. Görg (2004a) führt diese Unterscheidung aus, mit dem Hinweis, dass ein Handel mit Waren auch in nicht vollständig kapitalisierten Milieus stattfinden könne (also z.B. der Handel mit Saatgut auf lokalen Märkten). Inwertsetzung hingegen beschreibe den Prozess des vollständigen Unterwerfens nicht-kapitalistischer Verhältnisse unter den kapitalistischen Verwertungsimperativ. Diese Darstellung spielt auf den Marxschen Begriff der ursprünglichen Akkumulation an: Nach Marx besteht kapitalistische Akkumulation aus zwei zentralen Prozessen. Zum einen findet „Akkumulation durch

erweiterte Reproduktion“ statt. Unter Bedingungen von „Frieden, Eigentum und Gleichheit“ eignet sich hier das Kapital den durch Lohnarbeit produzierten Mehrwert an. Der zweite grundlegende Akkumulationsprozess wird mit dem Begriff der „primitiven“ oder „ursprünglichen Akkumulation“ gefasst. Im Zentrum steht hier die Inwertsetzung und Aneignung nichtkapitalistischer Milieus oder Produktionsformen durch das Kapital auf der Basis von Gewalt, Raub und Betrug (Harvey 2004: 195f.).

Bei anderen AutorInnen (bzw. vielfach auch im allgemeinen Sprachgebrauch) wird der Begriff Kommodifizierung synonym mit dem der Inwertsetzung verwendet (vgl. Castree 2003). Andere wiederum verwenden den Begriff Kommodifizierung im Sinne von Ökonomisierung oder Kommerzialisierung (also der Anwendung von marktwirtschaftlichen Rationalitäten auf beispielsweise öffentliche Dienstleistungen) in Abgrenzung zu Privatisierung (also der Übertragung von exklusiven Verfügungsrechten an Private) und Liberalisierung (also Marktöffnung). Diese Unterscheidung erhält insbesondere in Bezug auf die aktuellen Diskussionen um die Auswirkungen von Privatisierungen Bedeutung, denn wie Bakker (2003) für den Wassersektor ausführt, bedingen sich beide Prozesse nicht gegenseitig. So können öffentliche Betriebe also durchaus auch unter marktwirtschaftlichen Prämissen funktionieren.

Anschließend an diese begriffliche Klärung, wird im Folgenden das theoretische Konzept der „Enteignungsökonomie“ von David Harvey vorgestellt, welches Inwertsetzungsprozesse als strukturellen Bestandteil kapitalistischer Ökonomien beschreibt und Anhaltspunkte liefert, inwiefern sich die aktuelle Dynamik von früheren Phasen unterscheidet.

2.2 Enteignungsökonomie

Im Konzept der *spatio-temporal fixes* (vgl. Harvey 2004: 183) geht Harvey von der These aus, dass Kapitalismus strukturell dazu tendiert Überakkumulationskrisen hervorzubringen. Diese entstehen, wenn in einem gegebenen territorialen System Überschüsse an Arbeit und Kapital nicht mehr profitabel verwertet werden können. Der Kapitalismus trachtet nun danach, durch die „Mobilisierung und Fixierung von Kapital [...] Überschüsse von Kapital und Arbeit zu absorbieren“ (Zeller 2004a: 17). Ein kapitalistischer Mechanismus zur Absorption solcher Überschüsse liegt in deren raum-zeitlichen Verlagerung durch so genannte *spatio-temporal fixes*: Zeitliche Verlagerung durch Investitionen in langfristige Kapitalprojekte oder die räumliche Verlagerung mittels Erschließung neuer Absatzmärkte, Produktionskapazitäten oder Ressourcen bzw. sehr häufig durch Kombination von beidem. Von besonderer Bedeutung hierbei ist die Einbettung von Kapital in die gebaute Umwelt, etwa durch die Errichtung von materieller Infrastruktur. Erweist

sich diese Infrastruktur als produktiv, begünstigt sie z.B. „effizientere Formen zukünftiger Kapitalakkumulation“ (vgl. Harvey 2004: 185).

Diese raum-zeitliche Expansion zur Erschließung von produktiven Abflussmöglichkeiten für Überschüsse (ebd.: 189) erfolgt überwiegend durch gewaltbasierte, enteignende Formen der ursprünglichen Akkumulation (vgl. oben). Diese Prozesse seien zwar struktureller Bestandteil des Kapitalismus, verstärkten sich aber massiv im Falle des Auftretens von Überakkumulationskrisen. Um die Permanenz und die Aktualität von Prozessen der ursprünglichen Akkumulation zu betonen, spricht Harvey in diesem Zusammenhang auch von „Akkumulation durch Enteignung“ bzw. von einer Enteignungsökonomie (Harvey 2004: 196).

Durch die im Verlauf der seit den 1970er Jahren chronisch anhaltenden Überakkumulationskrisen erschlossenen spatio-temporal fixes seien die Krisen jedoch nicht gelöst worden, vielmehr würden die durch Expansion neu entstandenen „dynamischen Räume kapitalistischer Akkumulation“ ihrerseits wieder Überschüsse hervorbringen, „die auch sie mittels geographischer Expansion absorbieren müssen“ (ebd., 188). Dadurch hätten sich heute neue Dynamiken und Mechanismen der Akkumulation durch Enteignung etabliert. Die weitere „Einhegung von Gemeingütern“, die Kommodifizierung und Kontrolle natürlicher Ressourcen u.a. durch neue Formen von (intellektuellen) Eigentumsrechten, die Privatisierung öffentlicher Dienste und Infrastrukturen wie der Trinkwasserversorgung etc. können insofern auch als Enteignung von öffentlichem, oft erst in gesellschaftlichen Kämpfen geschaffenem Eigentum bezeichnet werden (vgl. Zeller 2004a: 13).

Dagegen kritisiert Görg (2004b) am Enteignungsbegriff, dass dieser, mit seiner Betonung auf „Raub und Gewalt“ bei der Unterwerfung neuer Räume und Anwendungsfelder, zwar durchaus auf zutreffende Mechanismen hinweise, jedoch nicht den „gesellschaftlichen Kern der Prozesse“ treffe. Vielmehr finde die Ausweitung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zunehmend auch unter Bedingungen von „Friede, Eigentum und Gleichheit“ statt und gehe mit der Konstitution legaler Rechts- und Eigentumsverhältnisse einher. Zentral sei, dass dadurch dennoch nicht-kapitalistische Lebens- und Arbeitsverhältnisse untergraben bzw. deren Grundlagen zerstört würden (vgl. Görg 2004a).

Aus einer eher abstrakten ökonomischen Perspektive liefert der geschilderte Ansatz von Harvey also ein griffiges Konzept zur Erklärung der heute beobachtbaren Inwertsetzungspraxen und deren Einschreibung in die gebaute Umwelt. Zentraler Beitrag dieses Ansatzes ist es, die gegenwärtigen krisenhaften Entwicklungen nicht als zwangsläufige Folge von Globalisierungsprozessen zu akzeptieren, sondern sie als strukturellen Bestandteil interessensgeleiteter

Strategien innerhalb der kapitalistischen Verwertungs-
dynamik zu beschreiben. Diesem Konzept gegenübergestellt wird im folgenden Kapitel der Ansatz der Politischen Ökologie, welcher bei der Analyse kapitalistischer Inwertsetzungsprozesse etwas andere Akzente setzt. Der Fokus liegt weniger auf der Analyse abstrakter kapitalistischer Dynamiken als auf der Sichtbarmachung des widersprüchlichen Wechselverhältnisses zwischen politökonomischen Prozessen, konkreten Kämpfen und materiellen Verhältnissen im weitesten Sinne.

2.3 Politische Ökologie

Im Zentrum des vor allem in der angelsächsischen kritischen Geographie bearbeiteten Ansatzes der Politischen Ökologie steht die Verbindung von politökonomischen Analyse-
kategorien, ökologischen Fragestellungen und der Frage nach Machtverhältnissen. Das Konzept bildete sich ab den 1970er Jahren heraus. Im Zentrum stand zum einen eine Kritik an Neo-Malthusianischen Ansätzen, welche Umweltdegradation vorwiegend mit explodierendem Bevölkerungswachstum im Süden sowie untragbaren Konsummustern im Norden assoziierten. Zum anderen wird an die Analysepraxen der *cultural ecology* in Bezug auf kulturelle Praxen und Mensch-Umwelt-Interaktionen angeknüpft. Kritisiert wird jedoch deren unpolitische Haltung. Im Verlauf der 1980er Jahre dominieren vor allem strukturalistische Erklärungsansätze, welche materielle Verhältnisse deterministisch mit politökonomischen Kategorien erklären. In den 1990er Jahren bilden sich weitere Strömungen heraus, die an poststrukturalistische Ansätze anknüpfen und diskurstheoretische Ansätze und Fragen nach Wissen und Macht berücksichtigen (vgl. Peet/Watts 1996; Bryant/Bailey 1997; Bryant 1998). Die zuletzt genannte Ausprägung des Ansatzes wird im Folgenden aufgegriffen.

Im Zentrum steht die Annahme, dass Gesellschaft-Umweltbeziehungen in einem historisch-geographischen Produktionsprozess durch materielle und diskursive Praxen hergestellt werden. Dieser Produktionsprozess ist geprägt durch Machtverhältnisse und immer ein umkämpftes Terrain (vgl. Swyngedouw/Heynen 2003: 901). Materielle Bedingungen dienen immer Interessen und werden durch diese transformiert. Dabei schreiben sich Machtverhältnisse in die materiellen Bedingungen ein und wirken auf diese Weise wieder strukturierend auf soziale Verhältnisse. Macht, in diesem Zusammenhang, bedeutet auch immer, Kontrolle über die Umwelt von anderen auszuüben (Bryant 1998: 86).

Beklagte Bryant (1998) noch einen überwiegenden „Landzentrismus“ politökologischer Arbeiten, mit Fokus auf Fragen der agrarischen Landnutzung, so liegen mittlerweile eine Reihe vielversprechende weitere Anwendungsbereiche vor. Von einer wachsenden Anzahl von AutorInnen wird unter dem

Stichwort einer „*Urban Political Ecology*“ das komplexe Verhältnis zwischen kapitalistisch strukturierten Gesellschaften, deren gebauter Umwelt und den Machtverhältnissen betrachtet (vgl. Gandy 2002; Swyngedouw/Heynen 2003; Desfor/Keil 2004). Der Bereich biologische Vielfalt wurde in der deutschsprachigen Debatte über das Konzept der „Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse“ bearbeitet (vgl. Heins/Flitner 1998; Görg 2003b; Brand/Görg 2003; Wullweber 2004b). Wenngleich im Konzept der „gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ (vgl. Jahn/Wehling 1998) kaum explizite Bezugnahmen erfolgen, lassen sich hier doch Parallelen zur angelsächsischen *political ecology* ausmachen. In den letzten Jahren liegen aber auch Arbeiten vor, welche explizit eine Politische Ökologie des Wassers herausarbeiten (vgl. Bakker 2003; Gandy 2002; Swyngedouw 2004).

Aufgrund seiner sozioökonomischen Bedeutung und seiner Präsenz in einer Vielzahl von Prozessen lässt sich der Ansatz am Thema Wasser sehr gut veranschaulichen. Ausgehend von der Frage, welche Formen Inwertsetzungsprozesse im Wassersektor annehmen können werden im Folgenden unterschiedliche Dimensionen der aktuellen Wasserdebatte aufgegriffen und anschließend einer politökologischen Betrachtungsweise gegenübergestellt.

3. Perspektiven auf Wasser

Die internationale Konferenz zu Wasser und Umwelt (ICWE) im Januar 1992 in Dublin (kurz: Dublin-Konferenz), nur wenige Monate vor der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio (UNCED) wird immer wieder als Referenzdatum angegeben, an dem zum ersten Mal explizit und auf internationaler Ebene Wasser als „Wirtschaftsgut“ definiert wurde: „Water has an economic value in all its competing uses and should be recognized as an economic good“ (ICWE 1992). Ausgehend von dieser Prämisse ist Wasser eine Dekade später zum prominenten Thema internationaler Politikarenen avanciert. Zugleich wurde eben dieser Status von Wasser als Wirtschaftsgut Gegenstand wachsender Proteste.

Nicht immer ist eindeutig, welche Aspekte von Wasser als Wirtschaftsgut bzw. Öffentliches Gut betrachtet werden. Geht es um das H₂O-Molekül, den See oder Grundwasserleiter, das Glas Wasser aus dem Wasserhahn, das Leitungsnetz oder den Brunnen oder die Organisationsstruktur des Wasserversorgungsunternehmens? Die Frage, welche Aspekte von Wasser welcher gesellschaftlichen Gestaltung unterliegen bzw. was überhaupt kommodifiziert werden soll, wird auf unterschiedlichen Ebenen thematisiert. Die Wahl der Perspektive hat nicht nur theoretische, sondern auch politische Implikationen. Im

Folgenden werden vier unterschiedliche, in den gegenwärtigen Diskursen dominante Perspektiven einer politökologischen Konzeption gegenübergestellt:

Zum einen wird Wasser als Dienstleistung thematisiert, also als das Trinkwasser, welches in der Regel durch vielfältige Bearbeitungsschritte prozessiert und zu den Haushalten transportiert wird. Auf dieser Ebene geht es u.a. darum, von wem, für wen und zu welchen Konditionen (u.a. zu welchem Preis) die Dienstleistung Trinkwasser, als elementares Lebensmittel, bereitgestellt werden soll. Dies impliziert auch Fragen nach wohlfahrtsstaatlichen Gestaltungsprinzipien in Bezug auf soziale Sicherheit und die Verteilung von individuellen Lebenschancen, vergleichbar mit Fragen etwa im Bereich Gesundheits- oder Bildungspolitik. Inwertgesetzt würden also in dieser Perspektive vor allem die gesellschaftlichen Arrangements der Wasserbereitstellung. Zum zweiten legt das komplexe (v.a. urbane) Netz materieller Artefakte auch nahe, Wasser in Bezug auf seine leitungsgebundene Infrastruktur zu thematisieren, vergleichbar mit Strom, Gas, Telekommunikation oder aber Verkehrsnetzen. Auf dieser Ebene stellt sich die Frage nach den Zuständigkeiten für eine entsprechende Infrastrukturpolitik. Die potentielle Rolle von Infrastruktursystemen als produktive Abflussmöglichkeit für überschüssiges Kapital (vgl. Harvey 2004: 189) wurde oben bereits dargestellt. Drittens wird auf Wasser immer wieder auch im Sinne einer „natürlichen Ressource“ Bezug genommen. Hier liegt vor allem der isolierte stoffliche Nutzen im Blick, welcher, wie bei anderen Bodenschätzen, aus der Natur extrahiert werden kann. Diese Betrachtungsweise ist bei Wasser allerdings besonders problematisch, da seine Nutzung in der Regel einer starken sozio-technischen Vermittlung bedarf. Darüber hinaus sind aufgrund seiner Dichte die Transportkosten pro Volumeneinheit meist höher als die erzielbaren Verkaufspreise (vgl. Bakker 2003). Bestrebungen wie Staudammprojekte oder der expandierende Flaschenwassermarkt (vgl. Clarke o.J.) lassen sich jedoch in diese Tendenz einordnen. Viertens, in einer eher naturwissenschaftlichen Betrachtungsweise ist Wasser das zentrale Element der Biosphäre (vgl. Rippl 1995). In dieser Perspektive stellen sich vor allem Fragen, wie sich durch die menschliche Nutzung von Wasser dessen Verfügbarkeit und Qualität sowie die Funktionsfähigkeit von Ökosystemen verändert. Unter dem Stichwort *environmental services* existieren inzwischen zahlreiche Bestrebungen, die „einzelnen Nutzen“ zu quantifizieren und inwertzusetzen (vgl. Robertson 2004).

In einer politökologischen Perspektive wird das Verhältnis zwischen Wasser und Gesellschaft in einem wechselseitigen Produktionsprozess permanent hergestellt. Wasser, in seinen vielfältigen Erscheinungsformen, dient hier zum einen als zentrale Grundlage menschlichen Lebens und wird zum anderen permanent durch menschliche Arbeit prozessiert und transformiert. Diese Bedeu-

tung macht es zum Gegenstand sozialer Kämpfe um Zugang und Kontrolle. Auseinandersetzungen sind folglich immer eng gekoppelt an ökonomische Interessen und Machtfragen (vgl. Swyngedouw 2004). Infrastruktursysteme wie Leitungsnetze oder kulturtechnische Konstruktionen sind in dieser Perspektive ein integraler Bestandteil dieses wechselseitigen Produktionsprozesses. Sie können auch als Institutionen aufgefasst werden, die ihrerseits wiederum strukturierend auf Gesellschaften rückwirken (vgl. Coutard et al. 2005: 12). Wenn Macht in diesem Zusammenhang also auch bedeutet, Kontrolle über die Umwelt von anderen auszuüben (Bryant 1998: 86), dann können die materiellen und institutionellen Arrangements zur Prozessierung von Wasserflüssen auch als Einschreibungen bzw. „materielle Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen“ (vgl. Poulantzas 2002) aufgefasst werden. Eine kurze Darstellung der historischen Entwicklung urbaner Wasserversorgung in Lateinamerika soll im Folgenden diese Mechanismen verdeutlichen.

4. Zur historischen Entwicklung urbaner Wasserversorgungssysteme in Lateinamerika

Ein Blick auf die historische Entwicklung verdeutlicht die permanente Umkämpftheit von Konstellationen und damit den Stellenwert dessen, um was heute Auseinandersetzungen geführt werden. In dieser Perspektive steht durch neoliberale Restrukturierungen nicht ein idealer Naturzustand zur Disposition, sondern, im Fall von Wasser, die komplexen Arrangements der Wasserbereitstellung, die selbst erst durch soziale Kompromisse entstanden sind.

Gerade im ländlichen Bereich, z.B. im Umfeld der andinen Bewässerungslandwirtschaft existieren Beispiele für technisch und sozial hochkomplexe Arrangements der kollektiven Wassernutzung, die ihrerseits wieder durch neoliberale Inwertsetzungsprozesse unterwandert werden (vgl. Barkin 2001; Boelens/Zwartveen 2003). Der Fokus der folgenden Darstellung soll dennoch vorwiegend auf urbanen Systemen liegen, da sich an diesen einige Widersprüche der aktuellen Debatten gut veranschaulichen lassen. Aufgrund der Vielfaltigkeit der sozialen und physisch-geographischen (vgl. Antón 1995) Ausgangsbedingungen und der Pfadabhängigkeit konkreter Entwicklungen kann die Darstellung nur exemplarisch erfolgen. Vielmehr soll es hier darum gehen, anhand eines stark vereinfachten schematischen Phasenmodells (Präfordismus, Fordismus, Postfordismus) einige verallgemeinerbare Aspekte und Trends aufzuzeigen. Dies mit dem Ziel, das Zusammenwirken von sozioökonomischen Prozessen und sozialen Kämpfen bei der Produktion der heutigen sozio-technischen Arrangements der urbanen Wasserversorgung aufzuzeigen.

4.1 Präfordismus

Ein Blick auf die lange und wechselhafte Geschichte urbaner Wasserversorgung (Swyngedouw 2003: 11) verdeutlicht, dass sich die Organisationsformen (öffentlich – privat – gemeinschaftlich) wie auch die Zielstellungen (Privatinteresse vs. Allgemeinwohl) mehrfach verschoben haben. Im Allgemeinen stellte sich die Frage nach technisch und administrativ aufwendigen Lösungen erst mit zunehmender Urbanisierung. Die Errichtung und der Betrieb erfolgten zu Beginn ausschließlich im Dienste privater Interessen, wodurch der Anschlussgrad gesellschaftlich stratifiziert war. Vor allem Wohlhabende wurden beliefert und Gebiete, in denen arme Bevölkerungsschichten lebten, waren (bzw. sind teilweise bis heute) weiterhin auf mehr oder weniger prekäre Subsistenzsysteme oder oftmals auf profitorientierte mobile Wasserhändler angewiesen (vgl. Swyngedouw 2004). Diese Muster sozialräumlicher Fragmentierung der Wasserversorgungssysteme lassen sich zum Teil noch heute ablesen bzw. werden durch neue Urbanisierungsschübe verstärkt.

Ab Ende des 19. Jhd. kam es sowohl in Europa als auch in Lateinamerika zu ersten Ansätzen einer Herausbildung urbaner Wasserversorgung als allgemein zugänglicher "öffentliche Dienstleistung". Die Narrative für deren Etablierung sind vielfältig und eng verknüpft mit den konkreten kulturellen, politischen und sozio-ökonomischen Entwicklungen. Immer wieder genannt wird das Interesse, die für alle Bevölkerungsgruppen bedrohliche Seuchengefahr aufgrund hygienischer Missstände zu bekämpfen (vgl. Swyngedouw 2003). Eng daran gekoppelt sind auch steigender Wasserbedarf, sich wandelnde Vorstellungen von Modernität, Technologien und urbanen Lebensformen sowie soziale Kämpfe. Die Effekte der Infrastrukturverbesserungen im späten 19. Jhd. kamen zwar teilweise auch breiteren Bevölkerungsschichten zugute. Neben einer Vielzahl konkurrierender Interessen spielten jedoch auch Bestrebungen, die Effizienz des urbanen Raums für Kapitalakkumulation zu erhöhen, eine Rolle (vgl. Gandy 2002: 37).

4.2 Peripherer Fordismus

Die Etablierung urbaner Infrastruktur-Netzwerke war zentraler Teil der nationalen Fordistisch-Keynesianischen Modernisierungssysteme ab Mitte des 20. Jhd. (vgl. Graham 2000: 144; Graham/Marvin 2001; Swyngedouw 2003; Coutard et al. 2005). Dies führte in der Nachkriegszeit vor allem in Nordamerika und Europa zu einer systematisch und flächendeckend angelegten fordistischen Infrastrukturpolitik, welche vom Nationalstaat gesteuert und geplant wurde. Die Investition in technische Infrastruktur wurde als Voraussetzung und Teil eines ökonomischen Wachstumsprojektes betrachtet, in dem die För-

derung von Nachfrage und die Sicherung von Investitionsbedingungen, z.B. durch leistungsfähige Infrastruktur, eine wichtige Rolle spielten. Zugleich war ein Ausgleich räumlicher Disparitäten und ein allgemeiner subventionierter Zugang auch Ausdruck der fordistischen Verteilungspolitik und des auf soziale Kämpfe zurückgehenden Klassenkompromisses (vgl. Swyngedouw 2003: 12; Harvey 1996: 406). Die lateinamerikanischen Entwicklungsstaaten verfolgten ab den 1950er Jahren im Rahmen ihrer binnenwirtschaftlich orientierten Industrialisierung im Ansatz ebenfalls das Ziel, Wirtschaftswachstum mit einem gewissen sozialen Aufstieg für relevante Gruppen der Lohnabhängigen zu verknüpfen (vgl. Becker 2004: 148). Es kam jedoch nur zur Ausprägung eines „unvollständigen Fordismus“ (Becker 1997: 149). Wasserversorgungssysteme wurden in diesem Zusammenhang zwar ausgebaut und staatlich betrieben, jedoch selbst in vergleichsweise modernisierten Städten wie Buenos Aires erreichten die Anschlussraten noch Ende der 1990er Jahre nur ca. 70% der Bevölkerung (Schneier-Madanes 2005: 153). Öffentliche Dienstleistungen kamen also auch im Fordismus in seltenen Fällen „allen“ zugute. Die bessere Ausstattung wohlhabender Siedlungsbereiche verdeutlicht, dass neben „dem Wohl der Allgemeinheit“ immer auch spezifische Interessen eine Rolle gespielt haben.

4.3 Peripherer Postfordismus

Mit dem sich durchsetzenden neoliberalen Paradigma vollzogen sich spätestens ab den 1980er Jahren mit der Schuldenkrise in allen Ländern Lateinamerikas Veränderungen, die zu einer Umstrukturierung des bisherigen Systems öffentlicher Dienstleistungen führten. Das „binnenmarktorientierte“ Entwicklungsmodell wurde zugunsten eines weltmarktorientierten Modells aufgegeben. Daher verloren die früheren Funktionen sozialpolitischer Maßnahmen zur Stabilisierung der Ökonomie durch Umverteilung und Nachfrageförderung an Bedeutung. Im Zuge von Hochzinspolitik und Dollar-Anstieg verteuerte sich der Schuldendienst, staatliche Sozialausgaben sowie Investitionen in öffentliche Infrastruktureinrichtungen wurden infolgedessen zunehmend zugunsten des Schuldendienstes gesenkt (vgl. Journal für Entwicklungspolitik 2003).

Ein wichtiger Faktor war zugleich der Druck von Kapitalinteressen die aufgrund von „Überliquidität in den Zentren“ neue Anlagefelder suchten (vgl. Imhof 2003). Diese wurden zunehmend in den vormals staatlich bereitgestellten Dienstleistungsbereichen ausgemacht. Demzufolge stieg mit Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen (Weltbank, IWF, BID) der Druck, diese Bereiche zu liberalisieren. Für die lateinamerikanischen Schuldnerländer bedeutete der Verkauf staatlicher Betriebe kurzfristige Einnahmequellen für die Bedienung des Schuldendienstes sowie die Voraussetzung für

weitere Kredite. Wurden in den 1980er Jahren vor allem Industrien, Banken sowie profitable Infrastrukturbereiche wie Telekommunikation und Flughäfen privatisiert, so ging es in den 1990er Jahren zunehmend auch um Grundversorgungsinfrastruktur wie Wasser, Verkehr und soziale Sicherungssysteme (vgl. Hoering 2005).

Der institutionelle Druck sowie die Delegitimation und finanzielle Demontage des öffentlichen Sektors bzw. der staatlichen Wasserbetriebe führten im Verlauf der 1990er Jahre zu Konzessionsvergaben an transnationale Wasserunternehmen. Zu den infolgedessen sich zuspitzenden Konflikten gibt es inzwischen zahlreiche Analysen. Ausgangspunkte der Auseinandersetzungen waren in den meisten Fällen private Konzessionsübernahmen neben schwerwiegender Korruption und Knebelverträgen, ein drastischer Anstieg von Verbraucherpreisen sowie die Unterlassung von Investitionen in die Infrastruktur seitens der Konzerne (vgl. Hall/Lobina 2002; Loftus/McDonald 2001; Herbas 2003; Gavaldá 2003; Swyngedouw 2003; Schneier-Madanes 2005).

4.4 Reorganisierungstendenzen im peripheren Postfordismus

Nach einer Phase exzessiver und von der Öffentlichkeit zunächst kaum wahrgenommener Zerschlagungen öffentlicher Betriebe präsentiert sich die Lage inzwischen differenzierter. Auf der einen Seite ist deutlich geworden, dass mit der Versorgung armer Bevölkerungsschichten mit den bisherigen Methoden kein Gewinn zu machen ist. Hinzu kommen Risiken durch ökonomische und politische Instabilitäten, wie u.a. der wirtschaftliche Zusammenbruch von Argentinien gezeigt hat, sowie Imageprobleme. Das generelle Interesse privater Wasserbetreiber ist daher zurückgegangen (vgl. Hoering 2003). Außerdem haben neoliberale Versprechen wie Effizienzsteigerungen und Preissenkungen durch die bisherigen Erfahrungen an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Ausgehend von den bisherigen Legitimationsverlusten von Privatisierungspolitiken findet derzeit eine rhetorische Reorientierung der „offiziellen Wasserstrategien“ statt (vgl. World Bank 2004; Deckwirth 2004; Sacher 2004; Hoering 2005). Bisherige Formen von flächendeckend orientierter Privatisierung werden zwar inzwischen verworfen. Wesentliche Merkmale des neuen Diskurses sind jedoch weiterhin: eine Beteiligung des Privatsektors in ausgewählten Bereichen, weitere Entflechtungsmaßnahmen, also die Filetierung in profitable und nichtprofitabile Betriebsbereiche, Absicherung von Investitionsrisiken für Unternehmen und eine Stärkung staatlicher Regulierung.

Zugleich hat jedoch das gesamte Terrain eine Politisierung erfahren. Ikonische Beispiele wie die erfolgreichen Wasserkämpfe von Cochabamba (vgl. Herbas 2003) oder die Volksabstimmung gegen Wasserprivatisierung in Uruguay

(vgl. Grosse et al. 2004) haben hier eine wichtige Rolle gespielt. Inzwischen finden mit zunehmendem Selbstbewusstsein an vielen Orten Experimente mit alten oder neuen alternativen Betriebsformen statt (vgl. CEO 2005).

5. Aktuelle Konfliktterrains im Wassersektor

Nach einer anfänglichen Phase der exzessiven Zerschlagung von Strukturen scheint die aktuelle Phase der Neuausrichtung also eine Veränderung der Rhetorik sowie eine Ausdifferenzierung neoliberaler Strategien zu implizieren, ohne dass der prinzipielle Kurs grundlegend verlassen würde. Peck/Tickell (2002) sprechen hier auch von einer Phase des *roll-back neoliberalism*, und *roll-out neoliberalism*. Einer Analyse der den angepassten Strategien jenseits der Rhetorik zugrunde liegenden Mechanismen kommt also, in emanzipatorischer Perspektive, große Bedeutung zu. Im Folgenden werden einige Aspekte der neuen Strategien, in denen ein Konfliktpotential zu diskutieren ist, herausgegriffen.

5.1 Heutige Einschreibungspraxen im Wassersektor

Wenn die existierenden sozio-technischen Konstellationen der Wasserversorgung als Ergebnis historischer Manifestationen von Interessen gelesen werden, dann lautet heute eine zentrale Frage, worin die aktuellen Einschreibungspraxen bestehen. Die Politisierung der aktuellen Inwertsetzungstendenzen im Wassersektor erfolgte interessanterweise über den Begriff Privatisierung. Inzwischen wurde deutlich, dass mit teilweise vergleichbaren Konsequenzen auch öffentliche Betriebe einer Ökonomisierung unterzogen werden können. Gleichzeitig scheint mit den neuen Initiativen zur Privatsektorinvolvierung ein selektives und differenziertes System zur finanziellen, rechtlichen und institutionellen Absicherung von Verwertungsbedingungen und Einflussmöglichkeiten einherzugehen.

Schließlich können auch Diskurse darüber, was als adäquat zu erachten ist, auf sehr materielle Weise Zugriffsmöglichkeiten festschreiben, etwa bei Technologieentscheidungen. So ist neben der privaten Konzessionsübernahme für den Betrieb auch der Ausbau von staatlich geförderter Infrastruktur ein nicht zu unterschätzendes Betätigungsfeld für private Unternehmen. Diese Bedeutung wird z.B. durch die, teilweise auch von privaten Wasserunternehmen kalkulierten, sehr hohen Schätzungen für die erforderlichen Investitionssummen (Brot für die Welt 2004) zur Lösung der „globalen Wasserkrise“ nahe gelegt.

5.2 Zur politischen Ökologie von Kostendeckung und Entflechtungsprozessen

An zwei Punkten traten in den meisten Fällen von großen privaten Konzessionsübernahmen massive Konflikte auf: Einerseits bei der Frage der Zuständigkeit für Investitionen in die technische Infrastruktur. Andererseits bei der Frage der Gestaltung von Verbraucherpreisen. Die auf betriebswirtschaftliche Effizienz ausgerichteten neoliberalen Ideologien fordern prinzipiell: Kostendeckung, Abbau von marktverzerrenden Quersubventionierungen sowie Entflechtung von Unternehmen (also in der Regel die Aufspaltung in profitable und unprofitable Bereiche). Anknüpfend an die von Castree (2003) diskutierten Merkmale von Kommodifizierungsprozessen wird im Folgenden der Begriff der Kostendeckung als politisches Problem von Abgrenzungsmechanismen diskutiert.

Unabhängig von der Sinnhaftigkeit solcher Prinzipien kann am Beispiel von Wasserversorgungssystemen sehr gut aufgezeigt werden, dass Kostendeckung nie auf fixen objektiven Kriterien (im Sinne einer allgemeingültigen Kostenwahrheit) basiert, sondern in erster Linie auf einer interessen geleiteten Abgrenzung von Betrachtungseinheiten beruht: Zum einen auf der Abgrenzung räumlicher Einheiten: Welche Gebiete werden in Betracht gezogen? Zum zweiten auf der Abgrenzung zeitlicher Einheiten: Ab welchem Zeitpunkt bzw. in welchen Zeiträumen werden entstehende Kosten in Kalkulationen einbezogen? Wie werden z.B. in früheren Zeiten durch öffentliche Mittel erfolgte Investitionen z.B. in ein urbanes Kanalsystem berücksichtigt? Inwieweit wirken also in den Leitungssystemen materialisierte frühere Machtstrukturen wieder auf die heutigen Ausgangsbedingungen zurück? Drittens basiert Kostendeckung auch auf Fragen der funktionalen Abgrenzung: Welche Tätigkeiten und Dienste fallen in die Kostenrechnung mit hinein? Geht es alleine um den Betrieb der Anlagen, die Rechnungshaltung und das Ablesen der Zähler, ist die Instandhaltung mit inbegriffen? Zählt der Ausbau des Netzes dazu? Was ist mit den Wasserschutz- und Quellgebieten, was mit an anderer Stelle entstehenden Kosten, wie Seuchen infolge mangelhafter Abwasserentsorgung (vgl. Bond 2003) oder Zerstörung von Ökosystemen? Und schließlich auch soziale Abgrenzungen: Wie werden unterschiedliche soziale Ausgangssituationen berücksichtigt? In welchen Stadtgebieten für welche Bevölkerungsgruppen wird das Kanalisationssystem zuerst ausgebaut (vgl. z.B. für die Städte Buenos Aires und Montevideo: Schneier-Madanes 2005; IMM o.J.)?

Infolge der steigenden Entflechtungstendenzen sind schließlich zunehmende Trends der Fragmentierung urbaner Versorgungsinfrastruktur, wie Wasser-, Strom-, Gas-, insbesondere aber Telekommunikationsleitungssysteme, zu verzeichnen (vgl. Graham/Marvin 2001; Graham 2000). Fragen von Entflecht-

tion und die Abgrenzung der relevanten Betrachtungseinheiten sind insofern also auch als Verteilungsfragen zu diskutieren.

5.3 Konflikte um Zugang und Kontrolle

In den *Millennium Development Goals* (MDG, vgl. www.unmillenniumproject.org) wurde 2000 für den Wassersektor das Ziel formuliert, die Zahl der Menschen ohne gesicherten Zugang zu Trinkwasser und Abwasserentsorgung in ausreichender Qualität bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Die Forderung nach Schaffung von Zugang zu Trinkwasser steht seitdem prominent auf den Agenden einer sich herausbildenden internationalen Wasserpolitik und mobilisiert staatliche Gelder (vgl. z.B. Deckwirth 2004). Problematisch daran ist der reduzierte technokratische Begriff von Wasserproblemen und Armut, „abgelöst von seinen strukturellen Ursachen, von ökonomischen Prozessen, von sozialen Ungleichheiten, von Ungerechtigkeiten in der Verteilung von Ressourcen, Wohlstand, sozialer Sicherheit und Macht auf allen Ebenen“ (Wichterich 2005: 21). Die Symptome von Trinkwassermangel sollen mit finanziellen und technischen Mitteln bekämpft werden. Die Ermöglichung von Zugang erfolgt im Sinne einer neoliberalen Fürsorgepolitik (vgl. Nohlen 2003: 599; Jäger 2003). Zugleich wird von den beteiligten Institutionen wie Weltbank und internationalen Entwicklungsorganisationen eine Involvierung des Privatsektors durch finanzielle Anreize und Garantieinstrumentarien weiter forciert (vgl. Hoering 2003; 2005). Dies lässt in Anbetracht der bisherigen Erfahrungen eher eine zunehmende soziale Fragmentierung sowie eine weitere Konzentration von Kontrollbefugnissen erwarten – mit weitreichenden Konsequenzen für künftige Gestaltungsoptionen. Wenn Arrangements der Wassernutzung jedoch als gesellschaftlich umkämpfte historisch-geographische Produktionsprozesse aufgefasst werden, dann sind Forderungen nach Zugang mit solchen nach Kontrollbefugnissen zu verknüpfen.

6. Ansatzpunkte für emanzipatorische Perspektiven

Ausgehend von drei unterschiedlichen konzeptionellen Ansätzen wurde gezeigt, dass eine Inwertsetzung von Wasser nicht auf eine abstrakte stoffliche Ressource, Dienstleistung oder Infrastruktur abzielt, sondern auf das Ensemble der involvierten sozialen, ökonomischen, materiellen und diskursiven Arrangements. Diese Arrangements entstehen in einem umkämpften Prozess, verdichten sich aber immer wieder in Form von konkreten Strukturen, wie Leitungsnetzen, Betriebsformen, Konsumnormen etc. Anhand der historischen Entwicklung der urbanen Wasserversorgung in Lateinamerika wurde dies in Grundzügen illustriert.

In dieser Perspektive können, etwas überspitzt, die derzeitigen Krisenerscheinungen der (Wasser-)Privatisierungspolitik sowie die wachsenden Konflikte um die Auswirkungen neoliberaler Politik auch als Chance für emanzipatorische Bewegungen gedeutet werden. Gegenstand von Auseinandersetzungen sind nicht nur die Folgen aktueller Formen von Inwertsetzung. Zu verzeichnen sind auch Prozesse einer Repolitisierung von Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, die in den vergangenen Dekaden, auf der Grundlage sozialer Kompromisse, weitgehend unbemerkt die Alltagswelten strukturierten. Dies trifft z.B. für die im Laufe der Modernisierung weitgehend normalisierten und unsichtbar gewordenen urbanen Wassernetze zu (vgl. Graham 2000: 185). Effekte dieser Repolitisierung sind unter anderem, dass die Pluralität der in den konkreten Wasserversorgungssystemen wirksamen Interessen wieder in den Blick gerät und subalterne Interessen neu artikuliert werden (vgl. Graham 2000; Schneider-Madanes 2005, CEO 2005).

In diesem Zusammenhang ist es durchaus wichtig, in einem ersten Schritt die ansatzweise redistributiven Errungenschaften des Fordismus zu verteidigen, etwa durch Widerstand gegen weitere „Enteignungspolitik“ (vgl. Zeller 2004b) und die defensive Verteidigung funktionierender Systeme. Hierfür, sowie für den erfolgreichen Betrieb bestehender öffentlicher Systeme, gibt es gerade in Lateinamerika zahlreiche Beispiele im Wassersektor (vgl. CEO 2005). Darüber hinaus geht es jedoch auch darum, die Widersprüchlichkeiten der fordistischen Errungenschaften freizulegen und darüber hinausgehende Ansatzpunkte zu entwickeln.

Angesichts der Situation, dass auch im Bereich dominanter Verwertungsstrategien eine Adaption der Rhetorik erfolgt, ist eine präzise Analyse der für Inwertsetzungsprozesse relevanten Mechanismen und Begrifflichkeiten notwendig. Die oben vorgestellten Ansätze können dabei konzeptionelle Anhaltspunkte geben. Zentral ist hier für künftige Debatten um Alternativen auch eine Neubewertung von Begriffen wie Öffentlichkeit und Eigentum. So hat z.B. die Unterscheidung zwischen öffentlichem, privatem, staatlichem, gemeinschaftlichem Eigentum an Bedeutung gewonnen und wirft u.a. die Frage auf, was unter „öffentlich“ bzw. Öffentlichen Gütern zu fassen sei. In Abgrenzung zu den verbreiteten ökonomistischen Definitionen über Marktversagen (vgl. Martens/Hain 2002) führt Altvater (2003) aus, dass solche Definitionen weniger eine analytische Frage als Ergebnis von politischen Entscheidungen sind. Zeller (2004b: 302) verweist in diesem Zusammenhang auch auf die wachsende Bedeutung der Eigentumsfrage, die bislang vor allem von den herrschenden Klassen ernst genommen würde. Entgegen der alltagssprachlichen Verwendung geht es hierbei jedoch um komplexe und differenziert ausgestaltbare Eigen-

tumsverhältnisse. Diese umfassen ein „Bündel von Rechten, die ganz verschiedene Beziehungen der Menschen untereinander bezüglich einer Sache wie den Produktionsmitteln konstituieren“ (Leibiger 2004: 20).

Wichtig ist dabei aber auch anzuerkennen, dass alternative Ansätze durchaus bereits praktiziert werden und dass auch das neoliberale Modell nie bruchlos funktioniert hat. Ein Blick auf historisch-geographisch alternative Erfahrungen kann hier keine fertigen Modelle, aber Anregungen liefern. So werden Forderungen nach „öffentlichen Betriebsformen“ hier vielfach längst nicht mehr gleichgesetzt mit abstraktem staatlichem Betrieb, sondern implizieren auch Fragen nach mehr oder weniger direkter gesellschaftlicher Kontrolle und Aneignung (vgl. CEO 2005). Demokratische und gesellschaftliche Aneignungsprozesse (vgl. Zeller 2004b) müssen jedoch letztendlich in den konkreten Praxen erprobt werden.

Literatur

- Altvater, Elmar (1991): Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des ‚real existierenden Sozialismus‘. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altvater, Elmar (2003): Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden? In: *Peripherie* 23 (90/91), 171-201.
- Amelung, Torsten (1997): Globaler Umweltschutz als Verteilungsproblem im Nord-Süd-Konflikt. Ursachen und Lösungsmöglichkeiten dargestellt am Beispiel der Rodung tropischer Regenwälder. Frankfurt: Peter Lang.
- Antón, Danilo (1995): *Ciudades Sedientes. Agua y ambientes urbanos en América Latina*. Montevideo: Nordan/CIID.
- Bakker, Karen J. (2003): A Political Ecology of Water Privatization. In: *Studies in Political Economy* 70, 35-58.
- Barkin, David (Hg., 2001): *Innovaciones Mexicanas en el Manejo del Agua*. Mexiko: Centro de Ecología y Desarrollo.
- Becker, Joachim (1997): Entwicklungsmodelle, Internationalisierung und Verteilung. In: Raza, Werner/Novy, Andreas (Hg.): *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt/Wien: Brandes&Apsel/Südwind, 135-173.
- Becker, Joachim/Fischer, Karin/Jäger, Johannes (2003): Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika. Bilanz und Perspektiven. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 19 (3), 7-13.
- Becker, Joachim (2004): Konjunktoren des „Entwicklungsstaates“. In: Fischer, Karin/Maral-Hanak, Irmi/Hödl, Gerald/Parnreiter, Christof (Hg.) *Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien*. Wien: Mandelbaum, 145-160.
- Boelens, Rutgerd/Zwartveen, Margreet (2003): The Politics of Andean Water Policy Reforms. Local and Indigenous Rights in the Context of Privatization Policies. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 19 (4), 56-76.

- Bond, Patrick (2003): The Limits of Water Commodification in Africa. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 19 (4), 34-55.
- Boris, Dieter (2001): Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts. Hamburg: VSA.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brot für die Welt (2004): Stimmt die Richtung? Analyse der aktuellen Finanzströme im Wassersektor. Hintergrund-Materialien 11. Stuttgart: Brot für die Welt.
- Bryant, Raymond L./Bailey, Sinéad (1997): *Third World Political Ecology*. London: Routledge.
- Bryant, Raymond L. (1998): Power, knowledge and political ecology in the third world: a review. In: *Progress in Physical Geography* 22 (1), 79-94.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2004): *Zeitenwende – Politik nach dem Neoliberalismus*. Stuttgart: Schmetterling.
- Castree, Noel (2003): Commodifying what nature? In: *Progress in Human Geography* 27 (3), 273–297.
- CEO – Corporate Europe Observatory (2005): *Reclaiming Public Water. Achievements, struggles and visions from around the world*. Porto Alegre: Novaprova.
- Clarke, Tony (o.J.): *Inside the Bottle. An Exposé of the Bottled Water Industry*. Ottawa: Polaris Institute.
- Coutard, Olivier/Hanley, Richard/Zimmerman, Rae (Hg., 2005): *Sustaining urban networks: the social diffusion of large technical systems*. London: Routledge.
- Deckwirth, Christina (2004): Sprudelnde Gewinne? Transnationale Konzerne im Wassersektor und die Rolle des GATS. WEED-Arbeitspapier. Bonn: Pegasus.
- De Gregori, Thomas (1987): Resources Are Not; They Become: An Institutional Theory. In: *Journal of Economic Issues*, 21 (3), 1241-1263.
- Desfor, Gene/Keil, Roger (2004): *Nature and the City. Making Environmental Policy in Toronto and Los Angeles*. Tucson: The University of Arizona Press.
- Gandy, Matthew (2002): *Concrete and Clay: Reworking Nature in New York City*. Cambridge: MIT Press.
- Gavaldá, Marc (2003): La guerra del agua en Bolivia. In: Rosenberger, Horst/Germinal, Ramón; Ordiguer, Andreu/Gavaldá, Marc (Hg.): *Agua, mercancía o bien común?* Barcelona: alikornio ediciones, 323-345.
- Görg, Christoph/Brand, Ulrich (2001): Postfordistische Naturverhältnisse. NGO und Staat in der Biodiversitätspolitik. In: Brand, Ulrich/Demirovic, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hg.): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 65-94.
- Görg, Christoph (2003a): Zurück zum Nebenwiderspruch? Naturverhältnisse in der Globalisierungskritik. In: Buko (Hg.): *radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke*. Berlin: Assoziation A, 70-83.
- Görg, Christoph (2003b): Die Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Görg, Christoph (2004a): Inwertsetzung. In: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 6/II. Hamburg: Argument-Verlag, 1501-1506.
- Görg, Christoph (2004b): Enteignung oder Inwertsetzung. Zur Aktualität der „ursprünglichen Akkumulation“. In: *Das Argument* 257, 46 (5), 721-731.
- Graham, Stephen (2000): Constructing Premium Network Spaces: Reflections on Infrastructure Networks and Contemporary Urban Development. In: *IJURR* 24 (1), 183-200.
- Graham, Stephen; Marvin, Simon (2001): *Splintering urbanism: networked infrastructures, technological mobilities and the urban condition*. London: Routledge.
- Grosse, Robert/Thimmel, Stefan/Taks, Javier (Hg., 2004): *Las Canillas Abiertas de América Latina. La resistencia a la apropiación privada del agua en América Latina y en el mundo*. Montevideo: Casa Bertolt Brecht.
- Hall, David/Lobina, Emanuele (2002): *Water privatisation in Latin America*. PSIRU-Report: Greenwich.
- Harvey, David (1996): *Justice, Nature and the Geography of Difference*. Oxford: Blackwell.
- Harvey, David (2004): Die Geographie des ‚neuen‘ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Zeller, Christian (Hg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Wesfälisches Dampfboot: 183-215.
- Heinrich, Michael (2003): Imperialismustheorie. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Ronnela (Hg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*. Opladen: Leske+Budrich
- Heins, Volker/Flitner, Michael (1998): Biologische Ressourcen und ‚Life Politics‘. In: Flitner, Michael/Görg, Christoph/Heins, Volker (Hg.): *Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik*. Opladen: Leske+Budrich, 13-38.
- Herbas, Gabriel/Cecea Ana Ester (2003): Mobilisierung und Widerstand gegen Wasserprivatisierung in Cochabamba. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 19 (4), 77-94.
- Hoering, Uwe (2003): Debatten und aktuelle Entwicklungen in der internationalen Wasserpolitik. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 19 (4), 95-108.
- Hoering, Uwe (2005): Private Profite, öffentliche Kosten. Public Private Partnership in der Entwicklungszusammenarbeit. In: *iz3w* 285, 23-25.
- ICWE (1992): *The Dublin Statement. Final Declaration of the International Conference on Water and the Environment (ICWE) in Dublin, Ireland, on 26-31 January 1992*. <http://www.gdrc.org/uem/water/dublin-statement.html>, 3.5.2005.
- Imhof, Karen (2003): Finanzkrisen und Neoliberalismus in Lateinamerika. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 19 (3), 27-51.
- IMM – Intendencia de Montevideo (o.J.): *El Plan de Saneamiento en Montevideo*. <http://www.montevideo.gub.uy/ambiente/saneamiento.htm> (10.1.2004).
- Jäger, Johannes (2003): Konzeptionelle Anmerkungen zur Analyse wohlfahrtsstaatlicher Politik. Lateinamerika im globalen Kontext. In: Croissant, Aurel/Erdmann, Gero/Rüb, Friedbert W. (Hg.): *Wohlfahrtsstaatliche Politiken in jungen Demokratien*. Opladen: Leske+Budrich.

- Jahn, Thomas; Wehling, Peter (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Konturen des theoretischen Konzepts. In: Brand, Karl-Werner (Hg.): *Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven*. Opladen: Leske + Budrich, 75-93.
- Komlosy, Andrea (2004): Das Werden der „Dritten Welt“. Geschichte der Nord-Süd-Beziehungen. In: Fischer, Karin/Maral-Hanak, Irmi/Hödl, Gerald/Parnreiter, Christof (Hg.) *Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien*. Wien: Mandelbaum, 57-80.
- Kohl, Benjamin (2004): Privatization Bolivian Style: A Cautionary Tale. In: *IJURR* 28 (4), 893-908.
- Leibiger, Jürgen (2004): Neue Dimensionen der Eigentumsfrage in der politischen Praxis der Gegenwart. In: *Diskurs* 16, 9-34.
- Loftus, Alexander J./McDonald, David A. (2001): Of liquid dreams: a political ecology of water privatization in Buenos Aires. In: *Environment&Urbanization* 13 (2), 179-199.
- Martens, Jens/Hain, Roland (2002): *Globale öffentliche Güter. Zukunftskonzept für die internationale Zusammenarbeit?* Bonn: WEED; Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Martinez-Allier, Joan (2003): *The environmentalism of the poor. A study of ecological conflicts and valuation*. Cheltenham, Edward Elgar Publishing.
- Nohlen, Dieter (2003): *Lexikon der Politik, Band 7*. Berlin, Directmedia.
- Peck, Jamie/Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing Space. In: *Antipode* 34 (3), 380-404.
- Peet, Richard/Watts, Michael (1996): *Liberation Ecologies. Development, sustainability, and environment in an age of market triumphalism*. In: Peet, Richard/Watts, Michael (Hg.): *Liberation Ecologies. Environment, development, social movements*. London: Routledge. 46-68.
- Pelizzari, Alessandro (2001): *Die Ökonomisierung des Politischen*. Konstanz: UVK.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA.
- Raza, Werner (1997): Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Weltwirtschaft, Naturaneignung und ökologische Verteilung. In: Raza, Werner/Novy, Andreas (Hg.): *Nachhaltig reich – nachhaltig arm?* Frankfurt/Wien: Brandes&Apsel/Südwind, 104-134.
- Raza, Werner (2003): Politische Ökonomie und Natur im Kapitalismus. Skizze einer regulationstheoretischen Konzeptualisierung. In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 158-174.
- Ripl, Wilhelm (1995): Management of water cycle and energy flow for ecosystem control: the energy-transport-reaction (ETR) model. In: *Ecological Modelling* 78, 61-76.
- Robertson, Morgan M. (2004): The neoliberalization of ecosystem services: wetland mitigation banking and problems in environmental governance. *Geoforum* 35, 361-373.

- Sacher, (2004): Es geht nicht nur um die Dienstleistung. Wasserprivatisierung in Lateinamerika. In: *ila* 281, 12-14.
- Schneier-Madanes, Graciela (2005): Conflicts and the Rise of Users' Participation in the Buenos Aires Water Supply Concession, 1993-2003. In: Coutard, Olivier/Hanley, Richard E./Zimmerman, Rae (Hg.): *Sustaining Urban Networks. The Social Diffusion of Large Technical Systems*. London: Routledge, 151-171.
- Swyngedouw, Erik (2003): Privatising H2O. Turning Local Water Into Global Money. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 19 (4), 10-33.
- Swyngedouw, Erik/Heynen, Nikolas C. (2003): Urban Political Ecology, Justice and the Politics of Scale. In: *Antipode* 34 (4), 898-918.
- Swyngedouw, Erik (2004): *Social Power and the Urbanization of Water. Flows of Power*. Oxford: Oxford University Press.
- Wichterich, Christa (2005): Ein entwicklungspolitischer Katechismus. Die Millenniumsziele als globales Ethos unter neoliberalen Vorzeichen. In: *iz3w* 285, 20-22.
- World Bank (2004): *Water Resources Sector Strategy. Strategic Directions for World Bank Engagement*. Washington: World Bank.
- Wullweber, Joscha (2004a): Umkämpfte Natur. Genetische Ressourcen als Medium der Kapitalakkumulation. In: *PROKLA* 135, 245-262.
- Wullweber, Joscha (2004b): *Das Grüne Gold der Gene*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Zeller, Christian (2004a): Die globale Enteignungsökonomie. In: ebd. (Hg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 9-20.
- Zeller, Christian (2004b): Zur gesellschaftlichen Aneignung. In: ebd. (Hg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 295-314.

Abstracts

Konflikte um die Aneignung und Kontrolle von Ressourcen und gesellschaftlichen Versorgungsleistungen spielen im Kontext neoliberaler Inwertsetzungsstrategien eine zentrale Rolle. Vielfach werden die Diskussionen jedoch mit unpräzisen Begrifflichkeiten geführt, die nicht immer den politischen Kern der Konflikte erfassen. Im Sinne einer begrifflichen Klärung werden drei unterschiedlichen Perspektiven auf die Mechanismen von Inwertsetzungsprozessen dargelegt. Anhand des Wassersektors wird in Folge veranschaulicht, dass nicht eine abstrakte stoffliche Ressource zur Disposition steht, sondern komplexe soziale, ökonomische, materielle und diskursive Arrangements der Wasserbereitstellung, die erst in Folge historischer Kämpfe entstanden sind. In einer emanzipatorischen Perspektive sind daher Forderungen nach Zugang zu Wasser immer mit der Frage nach Kontrolle über die Ausgestaltung dieser Arrangements zu verknüpfen.



Struggles over the appropriation and control of resource use are a key feature of neoliberal commodification processes. Frequently, critical debates are marked by blurring concepts which do not hit the political core. In order to clarify perspectives, three different concepts on commodification processes are presented. Following the example of water, in a next step it is shown, that commodification is not about abstract artefacts but about complex social, economic, material and discursive arrangements on modes of water use. These arrangements are product of historical social struggles. In an emancipatory perspective, access to water has to be intrinsically linked to questions of control and design of these arrangements.

Bettina Köhler
Institut für Architekturwissenschaften, TU Wien
Treitlstr.3 / 259.1
A-1040 Wien
bkoehler@iemar.tuwien.ac.at